

Dresdner Volkszeitung

Hauspostamt: Leipzig.
Raben & Komp. Nr. 20612.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
G. Br. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 5. 7. 10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 261.
Verlagszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die Tagespreise mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Serienanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/2 3 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 285.

Dresden, Sonnabend den 7. Dezember 1918.

29. Jahrg.

Im Zirkus Sarrasani sprechen die Volksbeauftragten Dr. Gradnauer und W. Buß morgen Sonntag, vormittags Punkt 10 Uhr. Auf in die Versammlung!

Berliner Kundgebungen und Putschversuche.

In Berlin ereigneten sich gestern mehrere Vorfälle, die noch nicht ganz aufgeklärt sind. Am Abend zogen Matrosen und Soldaten mit Gewehren in mehreren Kolonnen vor die Reichskanzlei. Ihr Führer Spiro sagte in einer Ansprache an die Truppen: „Deutschland steht vor einer Katastrophe. Wir verlangen, daß die Nationalversammlung am 20. Dezember einberufen werden soll. Der Volksrat darf die Regierung nicht länger unter Druck setzen. So bringe ich denn das Hoch auf die deutsche Republik aus und auf ihren ersten Präsidenten, den Gefassten Brüder!“ Darauf nahm Ebert das Wort und sagte u. a.: „Ein einheitlicher Wille muß die Geschicke des ganzen Reiches leiten. Die Führung der Geschicke muß jetzt in den Händen der Regierung liegen. Vergeht nicht, daß eure befehlshabenden Kameraden mitwachen wollen. Gebadet wird bis zur Tagung der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte am 16. Dezember, die sich über den frühesten Termin der Nationalversammlung schlüssig werden soll.“ Ebert schloß mit einem Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie. Sodann sagte er Matrosen aus Kiel: „Ich habe an Ebert die Frage gestellt, ob er unterm Auge zum Präsidenten der deutschen Republik folgt oder nicht.“ Mit fester Stimme antwortete Ebert: „Ich werde nicht annehmen, ohne mit der Regierung gesprochen zu haben.“ Dann marschierten die Matrosen und Soldaten in geschlossenem Zuge ab.

Während vor dem Reichskanzlerpalais die imposante Kundgebung von Arbeitern und Soldaten zugunsten der Regierung stattfand, hat sich im preußischen Abgeordnetenhaus, ein Sitz des Volksrats, ein wirrer Putsch abgespielt. Dort erklärte plötzlich ein Junger des Volksrats, ein Leutnant Fischer mit einer Anzahl Soldaten und erklärte den Volksrat für aufgelöst. Durch das Zugewandten des Volksbeauftragten Barth, der erklärte, daß ein solcher Befehl keinesfalls ergangen sein könnte, da er andernfalls davon Kenntnis hätte, erklärte sich Leutnant Fischer bereit, in der Reichskanzlei seinen Auftrag beizubehalten. Dort wurde ihm auch von dem Volksbeauftragten Ebert eröffnet, daß ein derartiger Befehl nie ergangen sei. Leutnant Fischer hat augenscheinlich in gutem Glauben gehandelt, ist aber verhaftet worden, da er ohne die nötige mündliche oder schriftliche Autorisation einen derartigen Befehl auszuführen versucht hat. — Der Volksratsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats gibt durch W. L. S. folgende Mitteilung:

Nach Beginn der Sitzung des Volksratsausschusses um 14 Uhr wird mitgeteilt, daß eine größere Truppenmacht, bestehend aus Franzosen, Gardebataillonen und Kammerwehrcorps, Marineinfanterie und Landsturm, sämtliche Ausgänge des Hauses besetzt habe und im Begriff sei, einzudringen, um den Volksrat zu verhaften. Die bereits begonnene Beratung über den ersten Punkt der Tagesordnung wird juristisch und nur ein Mitglied abgeordnet, um den Tatbestand festzustellen. Kurz darauf beginnt ein Feldwebel der Gardebataillone mit einer 30 Mann Kompanie und Marine, meist junge Leute) ein und erklärt den Volksrat für aufgelöst, und ruft im Namen der Reichsregierung. Auf Ersuchen des Vorsitzenden, einen schriftlichen Befehl vorzulegen, erklärt er, daß er keinen solchen hat, und daß er nur dem Befehl seines Vorgesetzten folge. Auf die Frage, wer dieser Vorgesetzte sei, lehnte er die Antwort ab. Er ließ die Türen zum Sitzungssaal schließen und stellte Posten davor auf. Der Offizierskorpschef von den Franzosen gab seinen Leuten den Befehl, zunächst sechs Mann vom Volksrat und alsdann weitere Gruppen von je sechs Mann abzuführen. Da die Mitglieder des Volksrats energisch protestierten und die Mannschaften sich unentschlossen zeigten, sah sich die Ausführung dieses Befehls hin. Inzwischen erschien der Volksbeauftragte Barth und erteilte im Namen des Rates der Volksbeauftragten dem Feldwebel den Befehl, mit den Mannschaften sofort den Saal zu verlassen. Nach anfänglichem Sträuben führte dieser schließlich den wiederholten Befehl aus. Inzwischen hatte sich das Abwachen mit einigen hundert Mann Verhaftungsgruppen angedeutet. Gleichzeitig waren aber auch mehrere tausend Mann verhaftet. Gleichzeitig wurden auch mehrere tausend Mann verhaftet. Alle diese wurden vom Volksrat wieder freigelassen. Kurz darauf erschien auch der Stadtkommandant Weis, der Volksrat erklärte, die Abführung der Henden, die in der Folge erfolgt war, sofort wieder aufzuheben. Keiner der Personen, die den Volksrat die Verhaftung des Feldwebels der Gardebataillone, des Offizierskorpschefs und einer Reihe weiterer Personen wegen bringenden Verdachts gegenrevolutionärer Umtriebe an den Tag zu bringen, wurde freigesetzt, sondern wurde festgehalten, daß den Mannschaften 5 M. pro Person versprochen worden war, wenn sie sich an dem „Anzug“, von dem die Führer schuldig zu sein geglaubt wurden, beteiligten. Ebenso wurde ein gewisser Anzahl versprochen, daß sie unter der von ihnen zugewiesenen Besatzung, an der Spitze eines Trupps Soldaten in die Reichskanzlei eingebracht zu sein und eigenmächtig den

Betrieb aufgehoben zu haben. Es wurde dann noch, namens des Rates der Volksbeauftragten, folgende Erklärung von Hause verlesen:

Der Rat der Volksbeauftragten hat nicht den Auftrag erteilt, irgend ein Mitglied des A- und S-Rats oder einen anderen zu verhaften. Jede andere lautende Behauptung ist unecht. Die Soldaten werden zu gegenrevolutionären Umtrieben mißbraucht, wenn sie zur Durchführung eines angeblichen Putschversuchs verwendet werden.“

Der Volksrat setzte jedoch seine Beratungen fort, die mit dem Beschluß endigten, sofort eine gemeinschaftliche Sitzung mit der Reichsregierung abzuhalten.

Putschversuche der Spartakusgruppe.

Ein Zusammenstoß mit Spartakusanhängern ereignete sich im Norden Berlins. Ein Telegramm berichtet darüber:

Zur selben Zeit, in der in der Wilhelmstraße Ebert die Präsidentschaft angetragen wurde und im Abgeordnetenhaus die Mitglieder des Volksrats festgenommen werden sollten, kam es in der Gaussestraße an der Ecke der Invalidenstraße zu blutigen Straßenkämpfen zwischen den Matrosen, die den verhafteten Sicherheitsdienst verhaften und Anhängern der Spartakusgruppe, die sich zum Schluß mehrerer Versammlungen dort zu einem Demonstrationzug zusammenfanden wollten. Aus einer großen Gruppe von Spartakusanhängern wurden auf die Soldaten vom Sicherheitsdienst Revolverhände abgegeben. Die Soldaten antworteten mit Revolvergeschüssen und Gewehrschüssen. Die Angaben über die Zahl der Toten gehen noch auseinander, da man nicht feststellen konnte, wozu die Leiden gebracht worden sind. Bisher sind 16 Tote und 15 Verwundete, darunter 12 Schwerverwundete, festgestellt worden.

Der Vormarsch schreibt: Die Vorgänge sind nicht nur aufs tiefe zu befragen, sondern auch aufs schärfste zu verurteilen. Es ist notwendig, sie aufzuklären und die Schuldigen rücksichtslos zur Verantwortung zu ziehen. Der Straßenkampf erklärt sich aus dem gewissenlosen Treiben der Spartakusleute und der ungeheuren Erbitterung von neun Zehnteln der Soldaten über dieses Treiben. Wenn die Spartakusleute mit der Bekundigung kommen werden, die Regierung lasse auf das Volk stehen, so ist daraus zu erwidern, daß in der Gaussestraße Volk auf Volk geschossen hat, denn die Soldaten sind doch schließlich auch Volk. Auf keinen Fall sind sie Werkzeuge einer höheren Macht, sondern sie sind freie Bürger der Republik und niemand zwingt sie und niemand erlaubt ihnen, unschuldiges Blut zu vergießen. — In der Volk. Hg. liest man: Die Arrangure der Spartakusgruppe haben gestern einen Putsch in Szene zu setzen versucht. Sie ver-

haben ihre Anhänger systematisch mit Waffen und Munition. Ihr Spiel ist ein Gewaltspiel, der sie in den Besitz der unbeschränkten Gewalt zunächst in Berlin bringen sollte. Die gestrigen Vorgänge dürften ihnen allerdings gezeigt haben, daß ihre Rechnung nicht ganz stimmt. — Das Berl. Tagebl. sagt: Es darf nicht so weiter gehen, weil bei einer Fortdauer solcher Zustände die Entente ungewisselt einen geradezu verachtlichen Frieden diktieren wird.

Der Bund der Unteroffiziere.

Berlin, 5. Dezember. Die im Zirkus Baji versammelten und zur Bildung einer freiwilligen Regierungstruppe eingeladenen Unteroffizierskapitulantzen zogen nach einer Meldung des Abend mit Musik zum Reichskanzlerpalais und nach einer Begrüßung durch Ebert zum Dortheensbüchsen Realgymnasium, wo der Feldwebel Suppe zum Eintritt in die Regierungstruppe aufforderte. Außerordentlich viele Unteroffiziere ließen sich einschreiben.

Berlin, 6. Dezember. Um dem Gerücht entgegenzutreten, daß Abteilungen der Gardebataillone und Gardefernsprecher die Leibgarde Viehrechts bilden sollten, zogen heute, wie der Abend meldet, harte Jüge von Gardebataillonen und Gardefernsprechern demonstrierend durch die Stadt nach dem Reichstagsgebäude unter Vorantragung von Fahnen mit der Aufschrift: „Nur für die neue Regierung. Geschlossen für Ebert-Haase.“ Bei der Begrüßung von etwa 2000 aus dem Zirkus Baji kommenden Unteroffizieren fand eine stürmische kameradschaftliche Begrüßung statt.

Drauschweiger Vorfälle.

Drauschweig, 5. Dezember. Vor dem Einzuge der 5. Schwadron des Husarenregiments Nr. 17 hatte sich eine Abordnung der Notgardisten zum Hauptbahnhofe begeben, um mit den Husaren über das Vorantreten einer roten Fahne zu verhandeln. Diese Verhandlungen scheiterten, die Husaren zogen dann ohne rote Fahne vom Bahnhof ab. Sie beschlagnahmten nicht, durch das vom Publikum gebildete Spalier zu ziehen, sondern wollten aber durch die Menge reiten. Das ließen die Notgardisten und sonstigen Ordnungsmannschaften nicht zu. Hieraus kommandierte Oberleutnant Komlosch Attade. Als sich die Notgardisten den attackierenden Husaren entgegenstellten, fielen von Seiten der Offiziere Schüsse. Die Notgardisten und Matrosen erwiderten diese und forderten zugleich die Husaren zum Abziehen auf. Die Husaren kamen dieser Aufforderung unterzählig nach. Ein Wachtmeister kommandierte seiner Abteilung: „Abziehen!“ Die Abteilung kam dem Befehle nach. Dadurch wurde die Schwadron auseinandergezogen. Bei dem Vorfalle wurde leider ein dreijähriges Kind getötet und ein Mann verletzt.

Die künftige Verfassung.

st Die verfassunggebende Nationalversammlung, die Ende Februar zusammentritt, wird die zukünftige Verfassung des Deutschen Reiches zu beschließen haben. Sie ist als Ausdruck des Volkswillens völlig souverän und kann nicht nur alle Bestimmungen der alten Reichsverfassung, sondern auch die mit Befehlsmacht erlassenen Bestimmungen der gegenwärtigen Regierung aufheben. Theoretisch genommen, könnte sie sogar die Monarchie oder das Dreiklassenwahlrecht wieder einführen, was praktisch freilich nicht in Betracht kommt. Sie wird selbstverständlich die republikanische Staatsform und das allgemeine gleiche Wahlrecht von der Revolution übernommen und beibehalten, aber was sie darüber hinaus tun wird, ist noch ganz ungewiß.

Zwei Fragen von überragender Bedeutung werden zu lösen sein; das ist die Frage der innerstaatlichen Gliederung und die Frage der Präsidentschaft. In Rheinland-Westfalen ist eine starke Bewegung im Gange, die auf die Bildung einer Rheinischen Republik im Rahmen des Reiches bingiert. Rheinische Bestrebungen machen sich in Hannover und Schleswig-Holstein geltend. Sachsen-Koburg-Gotha hat seinen Anschlag an Bayern beschloßen; schon vor dem Kriege gab es eine Bewegung, die die Zusammenlegung der Thüringischen Kleinststaaten zu einem Bundesstaat Thüringen anstrebte.

Die neue Verfassung wird sich zwischen den Prinzipien des Zentralismus und des Föderalismus entscheiden, richtiger, sie wird zwischen beiden den zweckmäßigen Ausgleich finden müssen. Jeder für ein Groß-Preußen noch für Miniaturstaaten wird in ihr Raum sein. Diese Sammlung staatsrechtlicher Abnormitäten entsprach nicht den Interessen des Volkes, sondern nur denen der Dynastien. Nach ihrer Anwendung

und zwei Lösungen denkbar: Entweder ein einheitliches Reich wie Frankreich, das in Departements, Regierungsbezirke gegliedert ist, oder ein republikanischer Bundesstaat, der die größeren der bisherigen Bundesstaaten bestehen läßt, die kleineren zusammenlegt. Preußen aber in eine Reihe von Bundesrepubliken, entsprechend den bisherigen Provinzen, zerlegt, die dann nicht mehr durch einen preussischen Staatsverband, sondern durch den Reichsverband miteinander verbunden werden. Die zweite dieser Lösungen dürfte den Wünschen des Volkes besser entsprechen und daher die bessere Aussicht zur Verwirklichung haben.

Ist einmal die Verwandlung Deutschlands zu einer solchen Bundesrepublik beschloßen, so wird die staatsrechtliche Arbeitsteilung zwischen dem Ganzen und seinen einzelnen Gliedern durchzuführen sein. Die Verteilung der Funktionen zwischen Reich und Einzelstaaten bedarf auf alle Fälle einer Neuordnung, bei der die Fragen des Eigentums an Bodenstücken, der Eisenbahnen usw. eine große Rolle spielen werden. Es ergibt sich schon aus diesen kurzen Bemerkungen, daß alle Sozialisierungspläne in der Luft hängen, solange nicht der verfassungsgerechte Neuaufbau vollzogen ist. Man kann z. B. die Rheinisch-Westfälische Industrie nicht sozialisieren, solange man nicht weiß, wer das Subjekt dieser Sozialisierung sein soll: Deutschland oder Preußen oder die Republik Rheinland-Westfalen.

Die zweite wichtige Frage der neuen Verfassung ist die der Präsidentschaft. Hier stehen wir vor der Wahl zwischen dem amerikanischen und dem französischen System. In Amerika wird der Präsident in direkter Volkswahl gewählt und er-